



Flüchtlingsrat Berlin e.V.
Georgenkirchstraße 69/70
10249 Berlin
Tel: (030) 24344 5762
Fax: (030) 24344 5763
buero@fluechtlingsrat-berlin.de
www.fluechtlingsrat-berlin.de

Berlin, 16. April 2014

Räumung des Oranienplatzes: Eine traurige Bilanz für die Flüchtlingspolitik des Senats

Stellungnahme des Flüchtlingsrats Berlin

Nach wochenlangen Verhandlungen mit dem Senat wurde der Oranienplatz am 8. April 2014 geräumt – anders als vom Senat und in vielen Medien dargestellt gegen den Willen vieler Camp-BewohnerInnen. In der besetzten Gerhart-Hauptmann-Schule droht sich dieses Szenario zu wiederholen.

Von Beginn der Verhandlungen bis jetzt haben die Flüchtlinge großes Interesse an einer Einigung und zeigen sich kompromissbereit. Der Flüchtlingsrat Berlin hat die Verhandlungen zwischen der Integrationsssenatorin und der Oranienplatz-Delegation fast bis zuletzt begleitet, um die Flüchtlinge gegenüber der ungleich stärkeren Verhandlungsposition des Senats zu unterstützen. Wir üben scharfe Kritik am Vorgehen des Senats und des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg:

- 1) Ungenügendes, intransparentes Angebot:** Das vom Senat vorgelegte Angebot bleibt weit hinter den Forderungen der Flüchtlinge zurück und schöpft nicht annähernd die rechtlichen Möglichkeiten für eine aufenthaltsrechtliche Perspektive der auf dem Oranienplatz vertretenen Flüchtlingsgruppen aus. Zudem lässt das Angebot wesentliche Fragen offen und bietet den betroffenen Menschen keinerlei Sicherheit – weder hinsichtlich des Verfahrens geschweige denn des Ergebnisses.
- 2) Verhandlungen unter großem Druck:** Wochenlang war unklar, mit welchem Mandat Frau Kolat verhandelte. Erst am 13. März 2014 legte sie ein mit dem Senat abgestimmtes „Einigungspapier“ vor. Fortan baute die Senatorin großen Zeitdruck auf. Sie lehnte es ab, die konkreten Fragen der Delegationsmitglieder und des Flüchtlingsrats zu beantworten und verwies auf eine Klärung zu einem späteren Zeitpunkt. So blieb unklar, was das Angebot tatsächlich beinhaltet und es zeitlich umgesetzt werden sollte. Auf die Bitte des Flüchtlingsrates, ein Gespräch mit dem Leiter der Berliner Ausländerbehörde über die Umsetzung zu vermitteln, ging die Senatorin nicht ein.
- 3) Einseitige Verkündung einer Einigung:** Die Mehrheit der Delegationsmitglieder lehnte das Papier zunächst ab und auch auf einer eilig einberufenen Informationsveranstaltung der Senatorin für die Oranienplatzflüchtlinge am Abend des 17. März 2014 fand es wenig Zustimmung. Trotzdem hat der Senat am 18. März eine Einigung verkündet und behauptet, 80 Prozent der Flüchtlinge stünden dahinter (siehe Pressemitteilung des FR vom 19.03.2014: www.fluechtlingsrat-berlin.de/print_neue_meldungen2.php?post_id=675).

- 4) **Keine freiwillige und friedliche Räumung:** Während der Verhandlungen war Konsens, dass der Oranienplatz nur einvernehmlich geräumt werden würde. Im Ergebnis hat jedoch eine Gruppe von Flüchtlingen, die mehrheitlich nicht mehr auf dem Oranienplatz wohnten, die Zelte und Hütten gegen den Willen der anderen abgebaut. Die vom Bezirk gerufenen Polizei hat schließlich alle gewaltsam vom Platz entfernt, die nicht freiwillig gehen wollten.
- 5) **Bewusste Inkaufnahme der Spaltung:** Mit der einseitigen Verkündung der „Einigung“ hat der Senat die Spaltung unter den Flüchtlingen vorangetrieben und sich diese zunutze gemacht. Das Einigungspapier sieht vor, dass das Angebot des Senats nur greift, wenn alle Zelte und Hütten abgebaut werden. Diejenigen, die in dem Angebot eine Chance für sich sahen, mussten daher befürchten, in Sippenhaftung genommen zu werden für andere, die den Platz nicht räumen wollten. Schließlich haben die Integrations senatorin und ihre MitarbeiterInnen dabei zugesehen, wie eine Gruppe von Flüchtlingen am 8. April auch die Hütten und Zelte der anderen zerstörten.
- 6) **Nicht-Einhaltung von Versprechungen und Chaos bei der Unterbringung:** Im „Einigungspapier“ heißt es, dass der Oranienplatz als Informations- und Protestplattform für die Rechte von Flüchtlingen erhalten und von den bisherigen BewohnerInnen selbstbestimmt gestaltet werden soll. Tatsächlich sind jedoch große Teile des Platzes umzäunt und für die Flüchtlinge nicht zugänglich. In der Presse erklären VertreterInnen des Senats, dass der Oranienplatz in seinen ursprünglichen Zustand zurückversetzt werden soll. Die Senatorin hatte außerdem zugesichert, dass alle Oranienplatzflüchtlinge eine Unterkunft erhalten sollen. Noch immer gibt es aber für einige, die durch die Räumung obdachlos geworden sind, keinen Platz in einer Unterkunft. Völlig chaotisch gestaltet sich auch die Versorgung der Flüchtlinge.
- 7) **Diffamierung von UnterstützerInnen:** Wiederholt beschuldigten der Senat und Kreuzbergs Bezirksbürgermeisterin die UnterstützerInnen der Flüchtlinge, diese zu instrumentalisieren. Damit sprechen sie den Menschen die Fähigkeit ab, eigenständig zu entscheiden und negieren bewusst die Tatsache, dass viele Camp-BewohnerInnen mit der Räumung des Oranienplatzes selbst nicht einverstanden waren.

Es ist der Eindruck entstanden, dass der Oranienplatz zum Spielball innerhalb der Koalition wurde und es vorrangig darum ging, die Zelte und Hütten loszuwerden. Die dringenden humanitären Fragen und legitimen Forderungen der Flüchtlinge nach einer grundsätzlichen Perspektive sind dabei in den Hintergrund geraten.

Dass der Senat sein Ziel, den Oranienplatz zu räumen, nur erreichen konnte, indem die Flüchtlinge gegeneinander ausgespielt wurden, ist mehr als beschämend – vor allem für diejenigen, die sich eine friedliche und einvernehmliche Lösung auf die Fahnen geschrieben haben. Ebenso blamabel ist die bisherige chaotische Umsetzung des Angebots. Aus Sicht des Flüchtlingsrats stellt der 8. April 2014 einen traurigen Tiefpunkt in der Flüchtlingspolitik des Senats dar.

Der Flüchtlingsrat fordert:

- ein humanitäres Bleiberecht für die Flüchtlinge
- Gehör und Unterstützung für die legitimen Forderungen der Flüchtlinge nach EU-weiter Freizügigkeit und Zugang zum Arbeitsmarkt, Abschaffung der Residenzpflicht und des Lagerzwangs
- den sofortigen Abzug der Polizei vom Oranienplatz
- Einhaltung aller vom Senat gegebenen Zusagen, insbesondere eines Abschiebestopps für die Oranienplatzflüchtlinge
- Aufnahme von Gesprächen mit den hungerstreikenden Flüchtlingen auf der Nordseite des Oranienplatzes

- Verhandlungen auf Augenhöhe mit den BewohnerInnen der Gerhart-Hauptmann Schule bis eine einvernehmliche (!) Lösung gefunden wird sowie Erhalt der Schule als selbstverwalteter Wohnort für Flüchtlinge
- ein Ende der Diffamierung der UnterstützerInnen des Protests